

Einzelpreis 900 Mr.

Bezugspreis monatlich:
In der Reichsstelle 18.000.— M.
Durch Zeitungsboten 20.000.—
Die Post 20.000.—
Ausland 30.000.—

Redaktion und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer Straße 86.
Telephon Nr. 6—86.
Postfachkonto 60,682.

Gesandte werden nur nach vorheriger
Genehmigung der Redaktion angenommen.
Gefandte Manuskripte werden nicht auf-
bewahrt.

Lodzer

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 80

Donnerstag, den 5. April 1923

6. Jahrgang

Türkische Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen in Lausanne.

Wien, 4. April. (Pat.) Meldungen der „Neuen Freien Presse“ zufolge wurde die türkische Note an die verbündeten Mächte bereits abgesandt. In dieser Note erklärt sich die türkische Regierung im allgemeinen mit den von den Verbündeten für die weiteren Verhandlungen aufgestellten Bedingungen einverstanden.

Konstantinopel, 4. April. (Pat.) In ihrer Antwort auf die Note der Verbündeten teilt die Angora-Regierung mit, daß sie die Einladung, zwecks Fortsetzung der Unterhandlungen Vertreter nach Lausanne zu entsenden, annehme. Gleichzeitig schlägt sie die Eröffnung der neuen Konferenz zwischen dem 15. und 20. April vor. Die türkischen Delegierten mit Ismail an der Spitze beabsichtigen Ende dieser Woche nach Lausanne abzureisen.

Unter Frankreichs militärischem Machtwillen.

Prag, 4. April. (Pat.) Die Prager „Bohemia“ behauptet, daß die Reise des Generals Berond nach dem Marschall Joch nach Prag, rein militärische Ziele hat. Frankreich ist bestrebt seine Luftflotte so auszubauen, daß sie auf dem Kontinent eine herrschende Stellung einnehmen würde. Frankreich habe seine Verbündeten zu einer gleichen Vervollständigung ihrer militärischen Rüstungen verpflichtet.

Der Vatikan zur Einrichtung des Prälaten Butkiewicz.

Rom, 4. April. (Pat.) Die Nachricht von der Einrichtung des Prälaten Butkiewicz traf gestern nachmittag im Vatikan ein. Der Papst, der, wie Kreise des Vatikans erklären, alle Bemühungen aufwandte, um das Leben des Prälaten zu retten, ist durch die erhaltene Nachricht tief erschüttert.

Rom, 4. April. (Pat.) „Osservatore Romano“ schreibt über die Einrichtung des Prälaten Butkiewicz u. a.: Die Apostolische Residenz war seit einigen Tagen über das Schicksal des Prälaten sehr beunruhigt. Die Erziehung des katholischen Geistes hat in der ganzen Welt großen Schmerz und tiefen Abscheu hervorgerufen. Sie wird vor dem Verstande jedes Menschen, der im christlichen Geiste erzogen worden ist, gerechtfertigt werden können.

Eine ausmaßende Antwort der Sowjets.

Warschau, 4. April. (A. W.) Im Zusammenhange mit der Intervention der polnischen Regierung in der Angelegenheit des Erzbischofs Cieplak und Genossen sandte die Sowjetregierung der polnischen Regierung am 31. März eine Note, die im gewöhnlichen anmaßenden Tone der Sowjetnoten gehalten und bestritt, daß das Ganze als innere russische Angelegenheit hingenommen werden könne. Die Note ist erst heute mittag im Außenministerium eingetroffen und wurde sofort nach Spala weitergesandt. In den nächsten Tagen wird die polnische Regierung darauf antworten und die falschen Ausführungen richtigstellen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Paris, 4. April. (A. W.) Der französische Minister Lacroix begibt sich Freitag abend erneut in das Ruhrgebiet.

Berlin, 4. April. (A. W.) Berichten aus Bochum zufolge, haben die Besatzungsbehörden gestern 250 Millionen deutsche Mark beschlagnahmt, die für die deutsche Eisenbahnverwaltung bestimmt waren.

Wien, 4. April. (A. W.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus Berlin: Der deutsche Gesandte in Paris erhielt die Weisung, der französischen Regierung ausführlich über Vorgänge in Essen eine Protestnote einzubringen.

Diese Angelegenheiten sollen ausschließlich Gegenstand der Beratungen mit den französischen Generalen in Prag bilden. Die Tschechoslowakei werde infolgedessen gezwungen sein ihren militärischen Haushalt in hohem Maße zu vergrößern, da die Regierung entschlossen sei alle Forderungen des Marschalls Joch und des Generals Berond zu erfüllen.

Harte Urteile gegen die früheren bul- garischen Minister.

Lebenslängliche Kerkerstrafen und gemeinsame Bezahlung der Kriegsschäden.

Sofia 3. April. Der Staatsgerichtshof hat Radoslawow, Tontschew, Beschew, Popow, Dintschew und Pellow zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, den General Rajdenow zu fünfzehn Jahren Kerker, den Generalissimus Jelow, ferner Apostolow, Kozulicki und den Leiter des statistischen Amtes Popow zu zehn Jahren und den General Bojtschew zu fünf Jahren. Außerdem wurden die Genannten der politischen und der bürgerlichen Rechte verlustig erklärt und zu gemeinsamer Bezahlung der Kriegsschäden im Betrage von 82.500 Millionen Lewa verurteilt.

Radoslawow, der sofort nach dem Zusammenbruch Bulgariens im Jahre 1918 Sofia verlassen hatte, wurde in contumaciam abgeurteilt.

Die Hauptdirektion der französisch belagerten Eisenbahnen im besetzten Gebiet wird von Düsseldorf nach Mainz übertragen.

Lord Cecil über den Völkerbund.

London, 4. April. (Pat.) „Times“ berichtet aus New York: Lord Robert Cecil hielt am Montag in der Gesellschaft für auswärtige Politik seine erste Rede über den Völkerbund. Cecil erklärte, das Wichtigste sei die Befestigung der Beziehungen und des Vertrauens aus den internationalen Beziehungen, da sie die größte Gefahr für den Weltfrieden darstellen. Die Abrüstung könne nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn sie allgemein sein und alle Völker sich zum Schutze ihrer Nachbarn gegen mögliche Ueberrfälle bereit erklären werden. Ohne solche Garantie werden z. B. Frankreich und Deutschland ständig Mißtrauen gegen einander hegen. Man könne dafür weder Frankreich noch Deutschland schuld geben, solange nicht die Bedingungen für die Sicherheit geschaffen sein werden. Die Hauptbedingung für die Erhaltung des Friedens zwischen Völkern die traditionelle Unlust zu einander hegen, könne nur die Schaffung einer entmilitarisierten Zone unter internationaler Verwaltung sein. Die Entwaffnung könne gleichfalls nur eine Institution von internationaler Autorität durchzuführen, wie es der Völkerbund ist. Auf die Frage der amerikanischen Zeitungsberichterstattung, weshalb er im Unterhause gegen den Vorschlag einer Ueberweisung der Ruhrfrage an den Völkerbund gestimmt habe, antwortete Lord Cecil, daß er sich nicht damit einverstanden erklären konnte, aus dem Unterhause ein Vollzugsorgan von internationalen Charakter zu machen.

Religionsfragen und Regierung in Spanien.

Madrid, 4. April. (Pat.) Das Kabinett hat mit Rücksicht auf entstandene Meinungsverschiedenheiten in Religionsfragen demissioniert. Der König hat das Rücktrittsgesuch nicht angenommen. Alle Minister sind mit Ausnahme des Finanzministers auf ihren Plätzen verblieben.

Es dämmt.

Von Otto Graf-Lobz.

Drei der bedeutendsten italienischen Blätter stellten vor einigen Tagen unumwunden das volle Fiasko der Ruhraktion fest. „Giornale d'Italia“ erklärt geradezu heraus, daß der Mißerfolg der Franzosen heute ebenso vollkommen sei wie vor Monatsfrist — und „Mattino“ fragt sogar, ob denn nicht der Schatten des Königs Ióseph die Franzosen vor der Fortsetzung des unnützen Unternehmens warne? Was tut aber inzwischen Bolinard? — Er läßt gewaltsam das Postamt in Dortmund besetzen, die Türen des großen Gebäudes, die verschlossen waren, durch seine schwarzen Truppen kurzerhand einschlagen, Kerze, Beame und andere maßgebende Einwohner der Stadt als Geiseln verhaften und gefesselt abführen und die im Postamt vorhandenen Geldsummen nebst deutschen Briefmarken im Werte von mehreren Millionen kurzweg beschlagnahmen. Wenn ein einfacher sterblicher Bürger eine herartige Tat begehen würde, so würde er als Dieb hingerichtet, dem Gericht übergeben und von diesem zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt werden. Man würde einen solchen Fall als Banditismus, Raub und Verbrechen bezeichnen und darüber in allen Zeitungen mit Verachtung schreiben und in allen Kreisen der Bevölkerung mit Empörung darüber sprechen. — Wie aber nennt die Welt — mit Ausnahme einiger Schrammänner und Zeitungen — diesen Einbruch Bolinards und als was bezeichnet sie bisher solche „Selbsttätigkeit“? „Klage Diplomatie der Grande Nation“ nennen es die meisten. Kein Wort von einer ehrenrührigen Tat, kein Wort von Empörung oder dgl. — Und das alles geschieht mitten im „Frieden“ des zwanzigsten Jahrhunderts!

Zweieinhalb Monate sitzen die Herren Disputanten bereits im Ruhrgebiet — und diese ganze Mühe, all die Vergewaltigungen, Unbequemlichkeiten auf allen Gebieten für ein Quantum Kohle und Rost, das geringer ist als eine einzige Monatsrate der früheren freiwilligen deutschen Lieferungen. Jetzt macht sich unter anderen auch der französische Handelsminister De Trocquer keine weiteren Hoffnungen mehr auf die in 2 1/2 Monaten „eingekreisten“ etwa 450 000 Tonnen Rost und 1 Million Tonnen Kohle. Und darum soviel Värm, Drangsalierung einer arbeitssamen Bevölkerung durch eine Militärbesatzung von 100 000 Mann und soviel Geldausgaben zur Erzeugung eines noch größeren Hasses unter der Menschheit?

Als einst Joseph Bonaparte in Spanien, das er unterwerfen sollte, sich von dem Jörn der dortigen Bevölkerung umdrängt fühlte, schrieb er an seinen Bruder Napoleon: „Meine Lage ist ohne Beispiel in der Geschichte, denn ich habe hier nicht einen einzigen Menschen, der zu mir hält.“ — Die heutigen „tapferen“ Generale des „kleinen Napoleon“ haben färrwahr allen Grund, die gleichen Klageklieder anzustimmen. Sie können in ihrer blinden Wut nichts weiter tun, als Gewaltbefehle erteilen, Kapitalkn beschlagnahmen und die wahren deutschen Helben des Ruhrgebiets, die nicht Sklaven Frankreichs werden wollen und deren „Verbrechen“ in dem Worte „nein“ liegt, durch ihre Verichterstatler mit dem Fuzer „Ihr Glenden“ beschimpfen lassen und sie mit Weib und Kind aus der Heimat ausweisen. So plagt man ein ehrlich schaffendes Volk bis zur Verzweiflung!

Aber — es dämmt bereits. Europa, ja die ganze Welt erwacht nach und nach und sieht bald ein, wo die wahren Unruheherde, die Schuldigen an diesem Konflikt liegen, der immer weitere Wellen schlägt und schon viele Kulturstaaten, darunter auch unsere freie Republik Polen, in Mitleidenschaft zieht. Dort, wo man schon seit Jahrhunderten nach der Abgrenzung strebt, wo man heuliche Stämme und Gebiete wie Nigerkolonien mit Gewalt an das eigene Land anschließen will, wo die Ruhrbesatzung schon lange eine beschlossene Tatsache war, ehe man sich die Ziffern der Kohlen, Rost- und Goldlieferungen zurecht gelegt hatte, da sitzen sie, die einzig und allein Schuldigen an diesem Blutergergießen, an diesem unheilbaren Zustande. Man lausche der Welt die Entsendung einer Ingenieurkommission

Das Wichtigste im Blatt:

DoKar = 13,350 poln. Mark
Türkische Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Verhandlungen in Lausanne.

Lebenslängliche Kerkerstrafen für die früheren bulgarischen Minister.

Lord Cecil über den Völkerbund.

mit „geringer militärischer Bedeutung“ ins deutsche Ruhrgebiet vor. Wie diese „geringe militärische Bedeutung“ nunmehr aus-
Recht ist für alle. In dieser durch nichts veranlaßte und
nichts begründete Einbruch eines fremden Heeres mitten im
Frieden in ein fremdes friedliches Gebiet nicht ein ausge-
prochener Bruch von Recht und Moral, wie ihn die neuere
Geschichte in solcher Form überhaupt nicht kennt? In
dieser Einbruch nicht die krasseste und unverhüllteste Ver-
letzung des französischen politischen und wirtschaft-
lichen Imperialismus? Welcher ehrlich denkende
Mensch und Staat würde es wagen, diese beiden Fragen
zu verneinen? Lediglich unter dem Vorwand von Repara-
tionskosten soll deutsche Arbeit und rein deutsches Land
fremde kapitalistischer Deutscher dienstbar gemacht werden.

Heut mag man in Frankreich, das deutsche schaffende
Volk mit „Diese Elenden“ zu beschimpfen — der Bericht-
erhalter des „Temps“ im Ruhrgebiet nannte in seinem
Artikel über den Widerstand der deutschen Eisenbahner und
Arbeiter das deutsche Volk so — vergißt dabei jedoch voll-
ständig, daß einzig und allein durch das Vergehen Frank-
reichs das Elend der Menschen auf neue in die Welt
hineingetragen wird.

Zur Zeit des großen Völkervertrages in China er-
lante der Ruf: „Deutsche vor die Front!“ Und der
Deutsche trat vor die Front; unter seiner Führung wurde
der Sieg der Kulturstaaten Europas errungen. Und dieses
Wort ist zum Symbol geworden und es ist auch heute
noch nicht ganz vergessen. Deutsche Arbeit, deutscher Fleiß,
deutsche Energie und deutsche Kraft, sie hatten sich auf
dem ganzen Erdballe eine Stätte, einen Wirkungskreis
gesucht und auch gefunden. Der deutsche Kaufmann stand
dem englischen auf allen Weltmärkten ebenbürtig gegenüber,
der deutsche Ingenieur und Techniker baute seine Brücken
und seine Kanäle in den entlegenen Winkeln einer zurch-
gebliebenen Kultur. Der deutsche Bergingenieur schürte
Kohlen und Erze in China, in Sumatra und Amerika,
kurz in allen Weltteilen auf. Der deutsche Schiffbauer
baute moderne Handelschiffe, baute Kriegschiffe für Rich-
tung seiner größten Rivale, deutsche Erfindungen waren
in der ganzen Welt bekannt und bedroht.

Und dieses stolze Reich, das deutscher Geist und
deutsche Arbeit geschaffen, soll nun mit dem gesamten deut-
schen Volkstum der sinnlosen Wut seines in dieser Ver-
letzung zurückgebliebenen wüstlichen Nachbarn zum Opfer
fallen? Man kann sich dies gar nicht denken; es ist nur
scheinbar, denn unfähig, uneligisch erscheint es dem gesun-
den Menschenverstande, daß dieses alles in Trümmer
gehen soll! Wenn heute der französische Haß gegen das
Alldeutschtum sich unzufolge auch gegen das ge-
samte deutsche Volkstum, die deutsche Volkskraft
und Kultur richtet, wenn heute die verwerflichen und ver-
derblichen Übergriffe der Franzosen sich auch noch in allerlei
Verurteilungen und politischen Überstellungen über das
deutsche Volk ergießen — der Zeitpunkt ist nicht mehr fern,
da alles planmäßig zur aufwärtsdrängenden Arbeit und
Vernunft zurückkehrt. Die Vorläufer melden sich jetzt
schon. Die Kraft des deutschen Geistes, sie ist nicht gebro-
chen, o nein! Gefährdet und gewappnet wird sie aus dem
Wirkworte der Zeit zu neuem Ruhm, Ansehen und Reichtum
emporblühen.

Doch diese Zukunft wird keinesfalls etwa nur auf dem
Schwerte oder der Lieberlegenheit irgend eines Volkes in
schäblicher Hinfahrt beruhen, sondern in erster Linie in einer
gewaltigen Umwälzung auf dem Gebiete des Geistes,
der Technik und der Industrie, die wie ein Feuer-
tag die Welt durchbringen wird.
Es bämmer!

O, diese Deutschen!

Paris, 4. April. (Nat.) Wie das „Journal“ aus
Kreisel berichtet, haben die Deutschen, in der Absicht,
den Eisenbahnverkehr nambalig zu machen, vom Bahnhof
Friedrichsfeld, der außerhalb des besetzten Gebietes
gelegenen ist, der Reihe nach neun Züge ohne Be-
dienung abgefahren. Der 8. Zug ließ in voller
Fahrt mit dem 7. Zug zusammen wobei 70
Waggons zerstört wurden. Im Zusammen-
hang damit wurden 3 Personen verhaftet. (Ob sich die
Sache nicht doch etwas anders verhalten wird? Die
Schrift!)

Berlin, 4. April. (Nat.) Einer Meldung des
„Acht-Uhr-Abendblattes“ aus Bochum zufolge beschloß
General Degout, den Termin des den Zecheninspektoren
bezüglich der Zahlung der Kohlensteuer gehaltenen
Kongresses bis zum 15. April zu ver-
längern.

Kurze telegraphische Meldungen.

Der Führer der polnischen Delegation in Dresden,
Minister Olszowski, ist in Warschau in deutscher
Angelegenheit eingetroffen, wo er bis Sonntag verbleibt,
um dann wieder nach Dresden zurückzukehren.
Die deutschen Behörden haben die den Polen zuge-
sprochenen 5 Häuser am rechten Weichselufer verlassen.
Lenins Gesundheitszustand ist fast unverändert,
die Temperatur ist gestiegen.

Da die Kassen an der Murmansklinie einen eng-
lischen Fischdampfer angehalten haben, ist ein englischer
Kreuzer dahin abgefahren.

Der Vollzugsausschuß des internationalen Verban-
des zum Kampfe mit der Arbeitslosigkeit hat beschlossen im
Herbst eine Tagung des Verbandes einuberufen.

Lord Curzon ist in Paris eingetroffen. Er wird
sich nicht nach Lausanne begeben, ihn wird daselbst Bot-
schafter Humboldt vertreten.

Pressefreiheit.

Zwei deutsche Redakteure zu hohen Gefängnis-
strafen verurteilt.

Am 28. und 29. März kam, wie wir bereits kurz
berichtet, vor der Strafkammer des Bromberger Land-
gerichts ein Presseverurteil zur Verhandlung. In dem sich der
ehemalige Hauptschriftleiter der Bromberger „Deutschen
Rundschau“ Richard Contag und der Schriftleiter der-
selben Zeitung Johannes Kruse wegen Vergehens gegen
die §§ 131 und 136 des Strafgesetzbuches zu verantworten
hatten. Die inkriminierten Artikel („Zweifrontenpolitik“,
„Domänenpächterfragen“, „Eisenbahnverfall“, „Wom Recht
in Polen“, „Gibt es eine Verfassung?“, „Die Glaubens-
not der deutschen Katholiken in Polen“, „Die Gelben eines
Deutschen in Polen“) waren bereits im Juli, August und
September 1921 erschienen. Die Angeklagte vertrat den
Standpunkt, daß in diesen Aufsätzen, die sich mit der do-
maligen Lage des Deutschlands in Polen befaßten, und z.
z. eine Kritik an Liebergriffen untergeordneter Behörden
übten, Staatsverletzungen verübt gemacht worden
waren. Die Staatsanwaltschaft unterstellte dabei,
daß die Angeklagten Redakteure die verübt gemacht hätten,
„erfälschten oder verdrehten Tatsachen, wissend, daß sie
erfälscht oder verdreht waren“, öffentlich verbreitet hätten.
Die Angeklagten traten diesem Vorwurf in vollem Um-
fange entgegen und hielten in der Revisionsinstanz Ver-
ständnis für die Aufgaben und Freiheit der Presse zu
finden.

Den Vorfall in der Hauptverhandlung führte der
Landgerichtsdirektor Bromberg, der (wie man pol-
nischer Seite mitgeteilt wird) vor dem Weltkrieg Staats-
anwalt des Jarenregiments gewesen war. Die Anklage
vertrat der Staatsanwalt Fabianczuk. Die Verteidig-
ung der Angeklagten hatte der frühere Stadtwald von
Bromberg, Rechtsanwalt Maciaszel übernommen.

Schon bei der Eröffnung der Verhandlung gab es
einen Zwischenfall. Herr Contag, der einen sehr
leidenden Eindruck machte, vermochte sich nicht sofort vom
Platz zu erheben. Der kategorische Imperativ des Herrn
Vorrichters verließ ihn dazu Kraft.

Die erste Verhandlung betraf einen der „Danziger
Allg. Bzg.“ entnommenen Artikel „Die Gelben eines Deut-
schen in Polen“, in dem der Verfasser, ein alleingefahrener
Bürger der Bromberger Gegend und langjähriger Stadt-
verordnetenrat seiner Heimatstadt, seine Erlebnisse in
Polen schildert. Im Anschluß an diesen bitteren Artikel
richtete die Redaktion der „Deutschen Rundschau“ den Ap-
pell an die höheren Verwaltungsbehörden, einen ent-
sprechenden Druck auf die untergeordneten Organe aus-
zuüben, damit sich nicht erst das Ausland mit derartigen
Sachen beschäftige.

Bei der Zugenvernehmung zu diesem Akkusepunkt
kam es zu einem zweiten Zwischenfall. Die Staats-
anwaltschaft hatte die Frau des Verfassers dieses Artikels
und den Zwangsverwalter seines damaligen Unternehmens
als Belastungsgenossen geladen. Die unter Eid erklärten, daß
der Verfasser seine ganze Lebensgeschichte selbst verfaßt
habe. Als der Verteidiger den Einwand machte, daß die
beiden Zeugen (die in Scheidung stehende Frau des Ver-
fassers und der Zwangsverwalter) im Konflikt leb-
ten und aus diesem Grunde deren Glaubwürdigkeit an-
zweifelte, erhob sich der Vorsitzende, um dem Verteidiger
eine Disziplinarstrafe in Aussicht zu stellen, sofern
er nochmals den Ausdruck „Konflikt“ gebrauchte, der für
die Zeugen eine Verleumdung bedeute. Das Verhältnis der
beiden Zeugen zu einander sei für das Gericht belanglos.
Ein Antrag des Anwalts, Entlastungszeugen zu
laden, war vorher abgelehnt worden. Der Verteidiger,
Rechtsanwalt Maciaszel, sah sich daraufhin her-
an in der Verteidigung behindert, daß er
sein Mandat niederlegte. Die Verhandlung hatte
gegen 10 Uhr vormittags begonnen und bis 8 Uhr nach-
mittags gedauert. Jetzt trat eine Pause von zwei Stunden
ein, die Herr Contag — weil das Gericht fluchtverboten
annahm — im Untersuchungsgefängnis verbringen
mußte.

Am späten Nachmittag wurde die Verhandlung fort-
gesetzt, ohne daß sich die Angeklagten eines Verteidigers
bedienen konnten. Ein Antrag des Redakteurs Kruse,
die Verhandlung bis zur Beauftragung eines neuen Ver-
teidigers zu vertagen, da sich Herr Maciaszel durch die
Erklärung des Vorsitzenden gezwungen gesehen hatte, die
Verteidigung niederzulegen, wurde abgelehnt. Ein weiterer
Vertragungsantrag des Angeklagten Contag wegen völli-
ger Erschöpfung — er hatte während des ganzen angekreng-
ten Verhandlungstages (auch im Untersuchungsgefängnis)
keine Nahrung zu sich nehmen können — verfiel einer
unartigen Ablehnung durch den Vorsitzenden. Der Ange-
klagte wurde erregt aufgefordert, sich von der Anklagebank
zu erheben, und als er dies nicht aus eigener Kraft ver-
mochte, wurde die Hilfe des diensthabenden Polizeibeamten
und des Mitangeklagten in Anspruch genommen. Als der

Gardinen A. Tetzlaff i S-ka.

zu Fabrikpreisen empfiehlt
Petrikauer Str. 100, Tel. 541.

Angeklagte Contag im Anschluß an diesen Vorgang — es
war inzwischen 9 Uhr abends geworden — nochmals be-
stand, er könne der Verhandlung nicht mehr folgen, er
bitte um einen Arzt, rief ihm der Vorsitzende zu: „Sie
haben hier den Mund zu halten und zu ant-
worten, wenn Sie gefragt werden!“ Abgelehnt
wurde auch die Verjährungseinrede des Redakteurs
Kruse, die er über den Artikel „Die Gelben eines Deut-
schen in Polen“ auf Grund des § 22 des Pressegesetzes
gestellt machte.

Um 10 Uhr abends wurde die Sitzung unterbrochen
und auf den nächsten Tag, vormittags 9 Uhr, verlagert.
Herr Contag wurde wiederum in Untersuchungshaft
genommen.

Der nächste Tag brachte nach einer Zugenverneh-
mung die Anklageerzählung des Staatsanwalts, die Ver-
leumdung der Angeklagten, die nach immer ohne Ver-
urteil geblieben waren, die Verurteilung der Ge-
richts und des Urteils.

Gegenüber der Behauptung des Anklageerzählers,
daß die Angeklagten „wissentlich Tatsachen verb eitel hät-
ten“, die geeignet wären, den Staat verächtlich zu ma-
chen“, erklärten die Angeklagten, daß gerade das
Gegenteil der Fall sei. Die Veröffentlichung der In-
kriminierten, zum größten Teil der Redaktion zugean-
den Artikel habe lediglich den Zweck gehabt, die Behörden
auf Mängel in der Verwaltung hinzuweisen
und deren Abstellung zu erbitten. Von einer „Verächt-
lichmachung des Staates“ könne keine Rede sein, und
wenn auch gewisse Behörden in der Kritik der „Deutschen
Rundschau“ eine davorische „Verächtlichmachung“ erblickten,
so wären sich die Angeklagten Redakteure selbstverständlich
niemals dessen bewußt gewesen. Sie hätten in allen
Presseäußerungen nur als auch zur Kritik berechtigte pol-
nische Staatsangehörige und Vertreter der deutschen Minder-
heit in Polen gehandelt.

Das Gericht schenkte diesen Erklärungen kein Gehör
und ging über den Antrag des Staatsanwalts, der gegen
die Angeklagten Contag auf vier Monate Gefängnis und
24.000 Mark Geldstrafe, und gegen den Angeklagten
Kruse auf 10.000 Mark Geldstrafe lautete, mit der Ver-
urteilung ganz richtig hinaus, daß die Angeklagten
mit voller Absicht Artikel veröffentlicht hätten, die
einen polenfeindlichen Charakter trügen.

Das Urteil erging dahin: Der Angeklagte
Contag wird zu 1½ Jahren Gefängnis bei
sofortiger Verhaftung, der Angeklagte
Kruse zu neun Monaten Gefängnis ver-
urteilt. Beiden Angeklagten wurden die Kosten des
Verfahrens auferlegt.

In Anbetracht der hohen Strafe wurde der frühere
Chefredakteur Contag unverzüglich in Untersuchungshaft
genommen und abgeführt.

Die Angeklagten Contag und Kruse haben gegen
das Urteil die Revision angemeldet.

Diesen Bericht, den wir der Osternummer der Brom-
berger „Deutschen Rundschau“ entnehmen, fügt
das genannte Blatt folgenden Kommentar bei:

Die Kritik dieses Urteils und der ihm vorangegan-
genen Verhandlung, für die wir in der Pressegeschichte
unserer Heimat vergeblich nach Vorbildern suchen, müssen
wir unseren Lesern, der Revisionsinstanz und der Welt
überlassen. Nach der Auslegung des Begriffes „Presse-
freiheit“ durch die Bromberger Strafkammer ist auch jede
Kritik einer deutschen Zeitung an einem
polnischen Gerichtsurteil eine Ver-
ächtlichmachung des polnischen Staa-
tes“, die nach § 131 des Strafgesetzbuches mit Ge-
fängnis zu bestrafen ist. Wir stellen nur fest, daß wir
mit dem Wort „Pressefreiheit“, das auch uns Deutschen
in Polen nach der Verfassung und dem Minderheitenschutz-
vertrag keine leere Phrase sein soll, einen Ausdruck des
größten Preußenkönigs verbinden:

„Gazetten sollen nicht genieret
werden!“ Wir geben ferner öffentlich bekannt, daß
wir zur Verteidigung dieser Pressefreiheit unmittelbar nach
dem Verbot der „Gazeta Olsztyńska“ in Allen-
stein die zuständigen reichsdeutschen Stellen um dessen
Aufhebung ersucht haben, die dann auch zwei Tage
später erfolgte. Die Quittung für diesen Dienst haben
wir in dem Urteilspruch am Gründonnerstag erhalten
und in der hagerfüllten Polemik eines Teils der polni-
schen Presse gegen uns, die nach der Urteilsverkündung
einfloß.

Wir sind uns nach diesen Vorgängen bewußt, daß
wir den Ostermorgen, der uns heute anbricht, noch nicht
als Überwindung unseres Leidensweges feiern können.
Wir stehen an einer zur Trauer zwingenden Station
unseres deutschen Kalvarienberges und nehmen die Oster-
sonne, die uns freundlich zulächelt, nur als eine Versiche-
rung kommenden Frühlings hin. In der Dunkel-
heit verlieren wir nicht den Glauben
an das Licht.

Die Wohnungsfrage.

Von

J. Spidemann, Sejmabgeordneter.

II.

Soll die Regierung nun aber die Lösung der Wohnungsfrage endlich in die Hand nehmen, so ergibt sich die Frage: Wie?

Das Mieterschutzgesetz einfach aufheben, wäre im gegenwärtigen Augenblick eine Befriedigung des Wohnungswunders. Ein anormaler Zustand wäre abgeschafft, um einem andern Platz zu machen, nur ginge er diesmal auf Kosten der Mieter. Die Wohnungsmieter, die übrigens schon jetzt von Unternehmern gefordert wird, würde eine ganz natürliche Folge des Wohnungsmangels sein. Damit das Mieterschutzgesetz vollständig aufgehoben werden könnte, müßte eine genügende Anzahl von Wohnungen vorhanden sein — also eine Konkurrenz bestehen. So wie jede Ware bei starkem Angebot im Preise fällt, so würde auch der Mietpreis fallen. Das bei uns schon vor dem Kriege Wohnungsmangel herrschte, beweist allein der Umstand, daß der Mietpreis verhältnismäßig weit höher war als in Deutschland. Hierbei war bei uns die Wohnung selten mit Bequemlichkeiten ausgestattet. Eine starke Konkurrenz auf diesem Gebiete würde dazu führen, daß man mehr Sorgfalt auf den Wohnungsbau verwenden würde. Doch dies allein ist Zukunftsmusik. Bleiben wir dabei, wie wir die Wohnungsfrage augenblicklich regeln sollten, hier sind zwei Dinge zu berücksichtigen:

1. Wie erhöht man die jetzige Zahl der Wohnungen?

2. Wie fördert man den Bau neuer Häuser?

Grundsätzlich des ersten Punktes ist jetzt ein wichtiger Augenblick eingetreten. Das Justizministerium hat einen neuen Mieterschutzgesetz-Entwurf ausgearbeitet, der durch den Ministerrat dem Wirtschaftsausschuss der Minister übergeben wurde. Das Komitee hat ihn in seinen Grundzügen bestätigt. Der neue Entwurf, der mit den Anschauungen des Wirtschaftsausschusses im Einklang steht, wird durch das Ministerium den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden. Nach diesem Entwurf soll das Mieterschutzgesetz auf unbestimmte Zeit erhalten bleiben. Der Mietpreis soll auf der Grundlage der Vorkriegszeit berechnet und halbjährlich um 5 Prozent des Vorkriegswertes bis zum Eintritt normaler Lebensbedingungen erhöht werden. Die Regierung hat also endlich auch eingesehen, welche Gefahr den Städten droht. Eigentlich hat sie es ja, wie gesagt, schon lange gesehen, doch wagte sie es nicht, das Mieterschutzgesetz anzulassen, um nur ja nicht die Massen in Wallung zu bringen, aber das Mißtrauen des Sejm hervorgerufen. Die Sejmabgeordneten selbst wagten auch den Mund nicht aufzumachen, um ihre Wähler nicht gegen sich zu stimmen. Doch war dies alles nur Selbstbetrug — genau so wie wenn ein Schalk die Uhr um eine halbe Stunde zurückdreht, um nicht zu spät in die Schule zu kommen.

Der durch das Ministerium eingebrachte Entwurf, der eine Regelung der Miete auf Nachkriegsgrundlage erstrebt, wird nun bald Gegenstand der Beratungen im Sejm und Senat sein. Es ist vorauszufragen, daß er durch die einzelnen Parteien fast angenommen werden wird, da er die Erhöhung des Mietpreises aufhebt. Ich möchte diesen Ansehens gleich im voraus die Frage stellen, ob sie sich überhaupt schon ernst mit der Angelegenheit befaßt haben? Die Folgen des Mieterschutzgesetzes, in seiner bisherigen Fassung, sind offensichtlich. Der alte Sejm, i. d. die souveräne Macht, trägt daran die größte Schuld, da ihm allein das Recht auf Änderung, der Aufhebung der bestehenden und Schaffung von neuen Gesetzen zusteht. Am meisten müssen wir uns jedoch wundern, daß das Justizministerium zu dieser Angelegenheit so rein gar nichts zu sagen hatte. Artikel 95 der Verfassung garantiert allen Bürgern den

Schutz ihres privaten Eigentums. Das Mieterschutzgesetz steht ganz im Widerspruch zu diesem Artikel. Es ist dies ein Ausnahmefall. Ausnahmefälle werden aber immer nur für kurze Zeit geschaffen, und zwar im Falle anormaler Zustände. Deshalb gab man sich keine Mühe, dieses Ausnahmefallgesetz mit der Zeit abzuschaffen, damit die allgemein geltenden Gesetze auch in diesem Falle wieder in Kraft treten konnten? Der Wohnungsmangel wäre dann nicht so groß geworden; nun ist er so weit geblieben, daß das Mieterschutzgesetz für unbestimmte Zeit bestehen bleiben muß — doch in welcher Form?

Betrachten wir an der Hand eines Beispiels die Verhältnisse vor dem Kriege. Ein Haus, welches den Wert von 100 000 Mark darstellte, brachte jährlich ungefähr 10 000 M. Miete, also 10 Proz. des Kapitals, davon gingen an Steuern, Instandhaltung, Amortisation und Wächterlohn 4000 M. ab, so daß ein Reingewinn von 6000 Mark verblieb, was 6 Proz. des Kapitals ausmachte. Eine Seltenheit war es, wenn vor dem Kriege jemand aus privater Hand ein Kapital zu 6 Proz. Zinsen geliehen bekam, es sei denn, daß man — der Sicherheit wegen — guten Zählern zum Gläubiger wurde. Die sicherste Kapitalanlage war aber immer der Grundbesitz, obwohl sie an Gewinn weniger Vorteile gewährte. Wenn ich im 1. Teile darauf hingewiesen habe, daß in Deutschland der Mietpreis geringer war als in Polen, so ist damit noch nicht gesagt, daß in Polen Wohnungswunder getrieben wurde. In einem wirtschaftlich höherstehenden Staat werden wir diese Tatsache immer feststellen. Daß bei uns jetzt gar nicht gebaut wird, ist der beste Beweis, wie anormal die Zustände bei uns herrschen. Es fehlt das Vertrauen zum Hausbesitz, wie dies auch bei unserer Valuta der Fall ist. Das Geld wird in kostbaren Kleibern, Brillanten, goldenen Ringen, Schmuckstücken, fremden Valuten usw. angelegt, wird also meist festes Kapital.

Das eigene Volk verliert das Vertrauen zu unserer Valuta, unserem Hausbesitz — also zu unserem Staat. Wie soll das Ausland zu uns Vertrauen fassen? Das Haus, welches vor dem Kriege 10 000 Mark Einnahmen brachte, soll auch heute nicht mehr bringen, obwohl die heutige Mark nur 1/10 des Wertes der Vorkriegsmark darstellt. Hat man schon einer Bevölkerungsschicht, den Hausbesitzern, 4 Jahre bitteres Unrecht getan (ich rechne hier die Kriegszeit nicht mit ein, da damals alle Volksschichten zu leiden hatten), so mußte man doch endlich einsehen, daß die Waffe, das Mieterschutzgesetz, ein zweischneidiges Schwert ist. Dem Ruin endlich vorzubeugen, wäre doch höchste Zeit!

Nur sollte hier nicht die Methode zur Anwendung kommen, die zur Zeit des alten Sejm üblich war. Nachdem endlich eingesehen wurde, daß eine Verbesserung des Mieterschutzgesetzes notwendig war, wurden in dieser Angelegenheit vom 20. Januar 1922 bis zum 4. August 1922 nur 40 Kommissionssitzungen sowie 7 Sitzungen spezieller Unterkommissionen von der Rechtskommission abgehalten und das Resultat war, daß eine Novelle zum Mieterschutzgesetz im Sejm eingebracht wurde, die ein Unikum von ganz besonderer Art darstellte, aus der man wieder ein noch aus wußte. Letzten Endes wurde infolge des Valutensturzes, zur Novelle eine weitere Verbesserung notwendig und sie kam im Sejm gar nicht zur Sprache.

Ähnlich verhielt es sich in anderen wichtigen Fragen. Die Steuern waren nie zu einer Regelung gekommen, die Tarife der Post, der Telegraphen, der Eisenbahnen die Preise für staatliche Monopolwaren, wie Salz, Kohle, waren niemals entsprechend festgesetzt. Dieser Zustand war auf die Dauer nicht haltbar. Der Staat nimmt für seine Kohle, Naphta, sein Salz usw. auch nicht den Marktpreis, sondern erhöht ihn entsprechend dem Fall der polnischen Valuta. Hierbei handelt es sich

nicht um Staatsgüter. Dagegen legt man dem privaten Hausbesitz die größten Beschränkungen auf und rechnet nicht mit der Wirklichkeit. Sämtliche Valuten sind durchschnittlich um das 10 000-fache gestiegen, was ganz dem Goldwert oder auch dem Dollarkurs entspricht. Für die Miete müßte nun normalerweise auch die Indexzahl 10 000 festgesetzt werden. Da nun aber eine so große Steigerung im Verhältnis zur jetzigen Miete eine so offenkundige Aufregung herbeiführen würde, da man das Mietzahlen einfach nicht mehr gewöhnt ist, so könnte fürs erste die Indexzahl 5000 in Kraft treten, was erst 50 Prozent der normalen Miete ausmachen würde. Diese Indexzahl müßte hierauf vierteljährlich um 1000 erhöht werden und damit wäre im Laufe von 5 Mietjahren das Normalverhältnis erreicht. Natürlich müßte ein weiterer Fall der Valuta berücksichtigt werden.

Würde ein Mieterschutzgesetz in dieser Form geschaffen werden, so wäre eine sichere Grundlage für eine normale Entwicklung in der Wohnungsfrage vorhanden. Das Vertrauen zum Hausbesitz wäre damit wieder hergestellt und der Bau neuer Häuser würde sich zunehmen. Die Instandhaltung der Häuser wäre wieder ermöglicht und nach 4—5 Jahren könnte der Wohnungsmangel behoben sein.

Lokales.

Bodz, den 5. April 1928.

Eröffnung der Deutschen Pädagogischen Woche.

Bodz steht wieder einmal in dem Mittelpunkt der Ereignisse des Tages. In unserer Stadt der Arbeit, des Schaffens und Wirkens hat der Bodzer Deutsche Lehrerverein die deutsche Lehrerschaft Kongresspolens zusammengerufen, um sie mit den neuzeitlichen Strömungen auf dem Gebiete der Pädagogik bekanntzumachen, ihre Anregung für den weiteren Ausbau ihrer Arbeit an der Schule, der Gesellschaft, der Menschheit und dem Staate zu geben. Gern und freudig ist man dem Rufe des Bodzer Lehrervereins gefolgt. Von nah und fern sind deutsche Lehrer und Lehrerinnen herbeigeeilt, um der ersten Deutschen Pädagogischen Woche in dem früheren russischen Teilgebiet Polens beizuwohnen. Weit über zwei hundert Teilnehmer haben sich als Teilnehmer gemeldet. Das und Anerkennung gebührt gerade den Auswärtigen, die trotz der großen Strapazen und hohen Reisekosten so zahlreich erschienen sind. Dagegen ist die Beteiligung der Bodzer Lehrerschaft selber zu wünschen übrig.

Als Vertreter der Schulbehörde war Herr Schulinspektor Kruczkowski erschienen. Der polnische Lehrerverein in Bodz hatte zwei Vertreter: eine Dame und einen Herrn; der tschechische Lehrerverein drei: die Herren Ginzburg und Alexandrowicz sowie Jrl. Gostein entfalt. Anwesend waren ferner die Sejmabgeordneten August Ulla und Artur Kranig.

Um 11.30 Uhr eröffnete der Vorsitzende Herr Hermann Thiem die Tagung, begrüßte in polnischer Sprache den Vertreter der Schulbehörde und die Delegierten der Brudervereine und dankte ihnen für ihre Aufmerksamkeit, die sie durch ihr Erscheinen dem Deutschen Lehrerverein erwiesen. Hierauf hielt Herr Thiem in deutscher Sprache an die Versammelten eine Ansprache, in der er a. a. folgendes ansprach:

Meine Damen und Herren!

Es gereicht uns zur besonderen Freude und Ernennung, daß Sie durch Ihre zahlreiches Erscheinen

zufrieden sein mit dem, was ihr dafür blieb — an Hoffnungen.

Frau Mathilde — hm!

Einen Augenblick baumelte rings um ihn die Welt voll feiter Würste, wie er sie im Ladenfenster von Bibis Papa gesehen. Der Gedanke, dort als verhältnismäßiger Gatte und Schwiegersohn von der Kunst zum Schlachtbeil überzugehen, wärmte ihm die Magenwände und so auch das nachbarliche Herz.

Aber Gewalttaten waren nie seinem weichen Sinn gelegen und auch der konzessionierte Tiermord widerstrebt ihm.

Zudem sträubte sich Brudertreue und Ehrgeiz dagegen, bei Nr. Drei abzuschließen, Nummer Zwei auf halbem Wege zu verlassen und das Jubiläum der „25“ zu lösen. Er war immer ein Sonntagskind gewesen, wenn auch mit einigen fatalen Alltagszwischenfällen.

Mochte es ihn treiben, wie die Welle stieg und fiel! Vorwärts! Vorwärts! Noch war das Leben zu frei und zu groß, um es in einem engen Würstlkäfig zu vertruern.

Er bezahlte seine Bitteren, wusch sich im Hof zwischen den eingestellten Führern am schwachenden Brunnen die Augen frisch und ging in den hellen Tag hinein, um die fleißiggeessenen Glieder zu schmeißen.

Dazu raucht er eine der Bauchbindenzigarren, die ihm sein künftiger Schwiegervater überreich zugesandt hatte. In das Behagen der Morgenfrische polterte an ihm ein langer, breiter, plumper, dunkelgrüner Wagen vorüber.

Sein Anblick gab ihm einen leichten Stich.

Es war der Omnibus von „drüben“ mit Kunden für Polizei und Gericht.

Während das Schemen an ihm vorbeigitt, erkannte

ein geandeter Arbeiter besitzt einen größeren Reichtum als ein frantzer Millionär

25 Bräute.

Ein Schelmenroman von Wilhelm Herbert.

(Fortsetzung.)

Die wackere Gattin des Kleinmehrgemeisters, dem das Fleisch der Schlachttiere ein behagliches Dasein verschaffte, dehnte sich selbst breiter und höher bei dem blühenden Gedanken, der sich durch zwei Frauenköpfe zuckte.

„Frau Kapellmeister!“

Ja, das wollte sie werden.

In Bibis Punschglas schwamm ein goldener Stern. Sie saßte es gierig und trank ihn glühend in sich hinunter.

Nun war es in ihr. Frau Kapellmeister!

So mußte es sein.

Sie hatte einen starken Willen in ihrem sehnigen Körper, — heut' dreimal stärker als je.

Mit fester Hand tauchte sie das Ruder in die schimmernde See und steuerte dem lockenden Hafen zu.

Längst war das Brautpaar verschwunden. In der Nachbarschaft krächte bereits ein vorlauter Hahn und Dämmerung furchte hellere Lichter in das träumende Schweigen der Nacht. Da ginaen die Leuten.

„Auf Wiedersehen, Herr Professor!“ sagte der Wirt beim Abschied, gähnte, blinzelte und nickte dann in der Küche seiner Frau zu, die am Herd döst: „Da gibt's bald wieder eine Hochzeit!“

Sie brummte grämlich-müde: „Die wollen höher hinaus als bei uns.“

„Bei uns muß sie sein!“ Er nahm die volle Kasse und stieg die knarrende Treppe hinauf.

Auf der Straße gingen zwei Paare. Voraus der Mehrgemeister, dem die Beine wankten, tapfer gesteuert von der sicher gebliebenen Gattin, die ihn kräftig unterm Arm hielt.

Arm in Arm, leicht beschwingt, Blicke süßer Art ineinander verflochten, folgten Veit und Bibi.

Der „Professor“, den der schlaue Wirt in das Scheiden gestreut, sang und klang im Ohr der schlanken Schönen wie steil aufsteigendes Lerchenlied.

„Also heut' um zwölf Uhr zum Mittagessen!“ sagte vor ihrem kleinen schmucken Haus die Mutter mit einem vielversprechenden Händedruck.

Wie sie den schwanken Gatten ins Haus gelockt hatte, benötigte Veit die höhere Treppentstufe, auf der er stand, und gab der willigen Bibi einen brennenden Kuß, mit dem sie glückträumend in ihr Mädchenzimmer eilte. Dort lag sie lang wie berauscht, umwoben von Punsch und Liebe, und dachte an ihn — an ihn — wieder an ihn und an den schreienden Neid der Freundinnen, wenn es bekannt wurde.

Dann legte sie sich zu Bett und schlief zufrieden ein. Ein volles Ockerfester begleitete ihre Träume. Dirigent war er — ihr Kapellmeister, der inzwischen, an Freinächte gewöhnt, ein paar Straßen weiter in eine frühe Fuhrmannskneipe schlüpfte und mit einigen Bitteren das Uebermaß an Süße in sich ausglich.

Dort in einer Ecke sitzend zog er die Bilanz des ereignisreichen Tages.

Mit einem leisen bedauernden Seufzer wurde Kathis Posten abgeschrieben. Er hatte vorerst keine Verwendung mehr für sie. Hundert Mark! Sie konnte wahrhaftig

Interesse für unsere Veranstaltung zeigen, und ich gebe mir die Ehre, Sie alle im Namen unseres Vereins aufs herzlichste zu begrüßen und willkommen zu heißen.

Wenn sich unser Lehrerverein entschlossen hat, eine pädagogische Woche zu veranstalten, wie sie bereits anderwärts wiederholt in weit größerem Rahmen und mit unter Beteiligung berühmter Schulmänner veranstaltet worden sind (ich darf hier nur auf die „Pädagogische Woche“ in Polen vom Oktober v. J. und auf die Leipziger „Pädagogische Woche“ unter Leitung des berühmten G. a. d. g. hinweisen), so wollte man einerseits einem Bedürfnis der hiesigen und besonders der auswärtigen Lehrerschaft entgegenkommen, über die neuzeitlichen pädagogischen Fragen orientiert zu sein, andererseits gab es man das Ständebewusstsein zu fördern und Anregung zu geben, indem wichtige Erziehungs- und Schulfragen öffentlich zur Sprache gebracht werden, und so am Auf- und Ausbau des Schulwesens unseres jungen Vaterlandes mitzuarbeiten. In unserer Zeit, wo alles noch in der Entwicklung und im Werden begriffen ist, wo alle Lebenskräfte nach Organisation und Betätigung drängen, ist es wohllegend und selbstverständlich, daß auch die Kräfte der Schule sich zu entfalten suchen; denn die Schule ist die bedeutungsvollste Kraft im Kulturleben eines Staates, und sie bildet letzten Endes die Grundlage, auf der sich die gesamte Wohlfahrt eines Volkes aufbauen kann und muß. Ein gut organisiertes Schulwesen legt einen ebenso gut organisierten Lehrstand voraus, der sich auch seiner Aufgabe und Verantwortung voll und ganz bewußt ist und die Schule erst zu einer wahren Stätte junger Menschenleben macht. Um diesen Forderungen gerecht zu werden, braucht die Lehrerschaft anregenden Gedankenanstöße und die Möglichkeit, sich über zeitgemäße pädagogische Fragen auf dem Laufenden zu halten und mit den Fortschritten auf dem Gebiete des Unterrichts- und Erziehungswezens bekanntzumachen.

Aus all den vermorrenen Reformbestrebungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Unterrichtswezens heben sich allmählich drei bestimmte Richtungen heraus: die Schulreform, der Arbeitsgedanke, der Kinderziehungs- und der Gedanke der Persönlichkeitspädagogik. Der Unterricht in der Schule soll immer mehr ein Erarbeiten des Stoffes sein; der Schüler soll ferner in den Stand gesetzt werden, die Schätze der Natur zu genießen und zu würdigen; er soll endlich hinsichtlich der erzieherischen Einwirkung eine allseitig durchgebildete Persönlichkeit darstellen, deren Kräfte vielseitig entwickelt sind.

Eine weitere wichtige Frage auf dem Gebiete des Gesamtschulwesens ist die Lehrerbildungsfrage. Und wenn Maria Theresia einmal gesagt hat, die Schule sei ein Polkiss, so kann man ohne weiteres hinzusetzen, die Frage der Lehrerbildung ist ein ebenso solches Polkiss. Denn wie die Lehrerbildungsfrage gelöst wird, davon hängt schließlich die ganze Zukunft der Schule und der Schularbeit ab. Wir wissen, mit welcher Ausdauer, Zähigkeit und schließlichem Erfolg die Lehrerschaft in anderen Ländern die Forderung geltend gemacht hat, eine gute Allgemeinbildung als Grundlage und Fachstudium auf der Universität oder pädagogischen Akademien. Auch bei uns darf die Lehrerschaft wohl eine weitgehendere und den Zeitforderungen entsprechende Regelung der Lehrerbildungsfrage erwarten. Um all die angeführten Probleme bewegen sich heutzutage die Gedanken wohl eines jeden Lehrers, und es drängt so manchen nach Klärung und Bärung. Diesem Umstände wollte unsere Veranstaltung Rechnung tragen, indem durch Theorie und Praxis manche beachtenswerte Klärung auf dem Gebiete der neuzeitlichen Strömungen dargelegt und nahe gebracht werden soll. Im besch-

benen Rahmen einer dreitägigen Veranstaltung wollte unser Verein das Wichtigste von allem, den Lehrer interessierenden bringen, und am. sollen im Anschluß an die Vorträge auch Vorträge gegeben werden, die die Anwendung der theoretischen Darlegungen zeigen.

Sollte durch unsere Darbietungen das erreicht werden, was beabsichtigt war (geistige Anregung, Förderung und Kräftigung des Ständebewusstseins), so wäre das der schönste Lohn für alle unsere Mühe.

Ich begrüße Sie nochmals aufs herzlichste und eröffne die pädagogische Woche.

Vor den Stadtratwahlen. Das städtische Wahlreferat hat fast schon alle Lokale für die Wahlberechtigten bereitgestellt. Da dieser Hinsicht steht das Referat auf ungeheure Schwierigkeiten, da der Magistrat kein Recht hat, Räumlichkeiten zu beschlagnahmen. Daher stützt sich das Wahlreferat in erster Linie auch auf die Räumlichkeiten der Volksschulen, außerdem wurden ihm noch einige Lokale von Mittelschulen zur Verfügung gestellt. Im Laufe dieser Woche wird die Gesamtheit der Lokale endgültig festgelegt werden.

Gleichzeitig trifft das Wahlreferat Vorbereitungen zur Anfertigung der Wahllisten. Der Mangel an entsprechendem Material bereitet dieser Arbeit bedeutende Schwierigkeiten. So ist z. B. nirgends ein genaues Verzeichnis der Hausbewohner vorhanden: als Beweis kann das alphabetische Verzeichnis der Straßen mit den Hausnummern dienen, das bei den Wahlen zum Sejm veröffentlicht wurde. Dieses Verzeichnis enthält so viele Fehler, daß sogar die später beizugebende Vervollständigung sie nicht beseitigen konnte. Jetzt dagegen wird das Wahlreferat nach der Herauslegung von Material aus mehreren Quellen und nach seiner Vervollständigung durch die Polizei während der Registrierung der Wähler ein äußerst genaues und verlässliches Verzeichnis der Hausbewohner von Sodz haben. Die Eintragung der Wähler für den Stadtrat wird am 11. April, d. h. am Tage der Verkündung der Wahlen, stattfinden. Das aktive Wahlrecht steht allen Personen zu, die an diesem Tage das 21. Lebensjahr vollendet haben und ein halbes Jahr in Sodz anwesend sind. Zu dieser Bestimmung gehören einige Ausnahmen, über die der Fragebogen genau belehrt. Am 5. d. M. wird die Veranordnung von der Eintragung der Wähler platziert werden.

Zum Zwecke der Einhaltung aller vom Gesetz vorgeschriebenen Wahltermine, was nur bei einer sehr intensiven Tätigkeit der Beamten des Wahlreferats möglich ist, ist es ununterbrochen von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends tätig, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Erhaltung eines beständigen Zusammenhangs mit dem Hauptwahlkomitee, das vorwiegend in den Nachmittagsstunden tätig sein wird.

Das Wahlreferat ist Biranowicz 3 untergebracht. (Telephon 123, Referat 143).

Das Wahlreferat nimmt weiterhin Offerten von Personen entgegen, die bei der Herstellung der Wahllisten mitarbeiten wollen. Sie melden nur von 11-12 Uhr mittags.

Diefer Tage werden den Hausverwaltern Fragebogen zugesandt worden, die nach Aufstellung dem Wahlreferat zuzusenden sind. Es hängt zum größten Teil von den Hausverwaltern ab, ob die neuen Listen mit der erforderlichen Genauigkeit angefertigt sein werden.

Vormahlbesprechung. Am Sonnabend, den 7. d. M., um 6 1/2 Uhr abends, findet im Lokale der Christlichen Gewerkschaft, Petrikauer 283, anlässlich der bevorstehenden Wahlen in den Stadtrat eine Vormahlbesprechung statt. Die Mitglieder der Gewerkschaft werden gebeten, zu dieser Besprechung recht zahlreich zu erscheinen.

Kein militärisches Spalier bei Trauungen in der Kirche. Die „Gaz. Warszawska“ erzählt, daß auf Grund einer Eingabe der obersten kirchlichen Instanzen der polnische Legationsminister ein Verbot des Spalierhaltens in den Kirchen während der Trauungen erlassen hat. Bisher war es üblich, daß bei Hochzeiten von Offizieren usw. Offiziere und Soldaten mit den Helmen auf dem Kopf und gezogenen Säbeln zu beiden Seiten des Mittelganges Aufstellung nahmen.

Die Auswanderung nach Amerika. Nach einer Veröffentlichung des „G. G.“ ist in den Danziger Hafen von Ellis Island bei New York eine Gruppe polnischer Emigranten zurückgekehrt; die amerikanische Regierung hat ihre Rückkehrer verurteilt, da die Kontingentszahl überschritten ist. Sie kehren nach Polen zurück, um im nächsten Jahre erneut über Danzig nach Amerika auszuwandern. Die Bemühungen um ausnahmsweise Zulassung überfälliger Auswanderer sind vergeblich gewesen.

Neue polnische Postmarken. Die polnische Blätter aus glaubwürdiger Quelle erfahren, daß das Ministerium für Post- und Telegraphenwesen in allerhöchster Zeit neue Postwertzeichen für 1000 und 2000 Mark in Umlauf bringen. — Angefichts der durch den Verzicht der deutschen Mark hervorgerufenen Tarifserhöhung in Oberschlesien werden für den polnischen Teil Oberschlesiens ebenfalls neue Postwertzeichen für 80, 100, 200, 300 und 500 deutsche Mark herausgegeben werden. Diese neuen Postwertzeichen werden bereits in den staatlichen graphischen Anstalten in Warschau gedruckt.

Die Lage in der Sodger Industrie. Die Lage in der Industrie ist weiterhin unverändert. Es macht sich immer noch ein starker Mangel an Bargeld bemerkbar, und letzters auch an Wechseln. Zwar erklärt sich dieses zum Teil durch die jüdischen Feiertage, jedoch besteht in den Industriezweigen die Ansicht vor, daß sich auch nach den Feiertagen die Lage nicht bessern, vielmehr sogar verschlimmern werde, so daß in den meisten großen Fabriken, in denen bisher noch normal gearbeitet wurde, eine Verminderung der Arbeitszeit vorgesehen ist. Im Zusammenhang mit dieser Lage wird der Arbeiterverband „Praca“ in nächster Zeit versuchen, in Sodz und im Sejm und bei der Regierung eine Klärung der Lage und eine Verminderung einer weiteren Arbeitsverminderung herbeizuführen.

Mit Rücksicht auf die weitgehende Bedeutung, die eine genaue Statistik der Erzeugung von Waren und des Abbruchs von Rohstoffen in der Industrie beizumessen ist, war die sich das statistische Hauptamt an die einzelnen Industriezweige mit der Aufforderung um diesbezügliche Mitarbeit.

Vortrag des Herrn Direktor Fischer. Uns wird geschrieben: Heute, Donnerstag, den 5. April, hält im Saale des Arbeiter- und Meistervereins, Andrzej 17, um 7 Uhr abends, Herr Direktor Fischer einen vollständigen Vortrag über „Die ethischen Grundlagen des Sozialismus“. Der Eintritt ist jedermann frei.

Verhaftung eines Schwindlers. In jüngster Zeit wurde der kaum 22-jährige August Wernil, Mitbewohner des Hauses Kamienka 16, verhaftet. Wernil lebte es ausschweifend zu leben und verschaffte sich die dazu nötigen Mittel nicht immer auf rechtliche Weise. Ganz besonders glückte ihm dies bei Damen, denen er goldene Uhren, Ringe und aller Art Schmuckgegenstände abgangener wählte. Wernil trug das Taschengeld und das Ehrenzeichen „Orlels“ ohne dazu eine Erlaubnis zu besitzen.

Die Seuchen in Sodz. In der Zeit vom 18. bis 24. März, erkrankten in Sodz: an Flecktyphus 3 Personen, an Unterleibstypus 6 Personen (2 Todesfälle), an Scharlach 2 Personen, an Diphtherie 2 Personen (1 Todesfall), an den Masern 4 Personen (2 Todesfälle), an Keuchhusten 12 Personen, an Rindpest 3 Personen, an der ägyptischen Augenkrankheit 22 Personen und an Windpocken 1 Person. An der Schwindelucht sind 21 Personen gestorben. — In der Zeit vom 25. bis 31. März erkrankten in Sodz: an Flecktyphus 4 Personen, an Unterleibstypus 9 Personen (1 Todesfall), an Scharlach 5 Personen, an den Masern 30 Personen (6 Todesfälle), an Keuchhusten 7 Personen, an Rindpest 6 Personen, an der Rote 1 Person, an der ägyptischen Augenkrankheit 19 Personen und an falschen Fieber 1 Person. Gestorben sind: an der Schwindelucht 28 Personen und an Diphtherie 1 Person.

Wegweisende Finsternis. Die Finsternis ist von der Petrikauer bis zur Wschodnia am Abend im Dunkeln gehüllt, da auf diesem Teil der Straße nur eine einzige Gaslaterne brennt. Die auf dem Bürgersteig angebrachten Granitwürfel legen die Vorübergehenden der Gefahr einer Zusammenstoßung oder noch einer ernstlichen Verletzung aus.

Neue Erhöhung des Eisenbahntarifs. Ab 15. April soll der Eisenbahntarif um 100 Prozent erhöht werden. Der Tarif für zur Ausfuhr bestimmte Petroleumprodukte soll nur um 50 Prozent erhöht werden und bei Ausfuhr zur See über Danzig, sogar auf der bisherigen Höhe erhalten bleiben. Um die Kohlenausfuhr zu unterstützen, wurde beschloffen dafür einen niedrigeren Tarif der polnischen Staatsbahnen anzuwenden.

Verhaftungen. Wegen Nichtbeachtung der Vorschriften wurden Schuja Miazgowski (Wolborfska 192), Mieczyslaw Primaner (Wolborfska 9), Jozef Kury (Wolborfska 84), Sierz Polakowski (Wolborfska 73), Moles Radzki (Wolborfska 6), Janek Goldberg (Gdansk 91), Dawid Balacki (Konstantiner 50), Wladyslaw Dziejewski (Wolborfska 259), Szel Rosenbaum (Kilinski 34) und Marie Tomas (Slesiana 7) mit je 50 000 M. bestraft.

Ein Lebensmüder. In dem Hause Brzyska 10 versuchte der 23-jährige Wladyslaw Pacowski durch den Genuß von Kohle das Leben zu nehmen. Ein Wagen der Rettungsbereitschaft schaffte ihn in das Spital am Dreimühl.

Uebertat. Ein gewisser Wladyslaw Michal, wohnhaft in Franciszkanka 33, überfiel mit seinem „ater die Wohnung des Marcel Dabkowski, welchen er mit einem Hammer schlug und durch Messerschneide verletzten. Die Angelegenheit wurde dem Gericht übergeben.

Diebstähle. Aus den Räumlichkeiten der Verwaltung des „Lobianin“ (Wolborfska 83) wurden von dem 4-jährigen Leon Kubik (Senatorska 12) und dem 13-jährigen Tadeusz Kujawski einige Kleider, ferner Schokolade und Papier im Werte von über einer halben Million Mark gestohlen, nachdem die jugendlichen Eindringlinge die Tür ausgehauen hatten. Mit Ausnahme des Wapiers, das schon verkauft worden war, und eines Teils des Kleides und der Schokolade konnte ihnen die Diebstahlsgegenstände abgenommen werden. Die jugendlichen Täter wurden dem Gericht übergeben. — Aus der Fabrik von Wladyslaw Gynowski (Konstantynowska 126) wurden Tücher im Gesamtwerte von 3 Millionen Mark gestohlen. — Einem gewissen Herbert Grabitz, wohnhaft in Kalkowia, wurde in der Kleiderkammer eine Kasse gestohlen, die eine Million M. in bar und Toilettegegenstände im Werte von über einer Million M. enthielt.

Spends u.

Uns sind nachstehende Spenden zur Weitergabe übermittle worden, für die wir den Spendern im Namen der Redaktion herzlich danken.

Für das Greifenheim: 55 000 Mark gesammelt auf der Geburtstagsfeier des Herrn Waldemar Szlachetka durch Herrn Paul Jäger.

41 000 Mark gesammelt auf der Geburtstagsfeier des Herrn Otto Siehe mit Fr. Helene Kapke durch Herrn Rudolf Weier: 20 500 M. Greifenheim und 20 500 M. evang. Waisenhaus.

Für das Haus der Barmherzigkeit: 50 000 Mark an Stelle eines Hauses auf das Grab des Herrn Ber-

(Fortsetzung folgt).

Die Frau und ihre Welt.

Nut ab vor den Hausfrauen.

Die Zeiten sind bitter ernst. Jeden Tag klingen aus irgend einer Veranschaulichung neue Notkreise an die Öffentlichkeit. Jeder glaubt, daß seine Not am größten sei. Und haben alle nicht ein Recht zu diesem Glauben? Eben ist eine Lohnbewegung beendet, dann müssen die Beteiligten schon wieder die traurige Feststellung machen, daß ihr Einkommen durch eine unwürdige Preisgestaltung in der Kaufkraft um ein Beträchtliches herabgedrückt wurde. So tritt herabgedrückt, daß ein neuer Hunger, eine neue Lohnbewegung notwendig ist. Denn wer sich heute nicht rechtzeitig mit seiner Sorge und seiner Not meldet, der wird dem Elend der Zeit immer mehr zum Opfer fallen.

Nur eine Schicht unserer Vorgesetzten gibt es, von der man nur selten etwas hört: Unsere Hausfrauen! Und doch müssen sie die Noth unserer Zeit mit am härtesten auskosten. Sie sollen mit den knappen Geldmitteln, die ihnen der Mann geben kann, die Wirtschaft der Familie aufrecht erhalten. Sie sollen damit für die Familie den Einkauf der Lebensbedürfnisse bestreiten. Dies ist gewiß kein leichtes Stück Arbeit. Täglich sieht man die Hausfrauen von einem Geschäft in das andere laufen. Hier ist es 200 Mark billiger als dort. Dort wiederum 100 Mark teurer als in jenem Laden. Sie eilen nach einem Artikel durch fünf oder sechs Läden und laufen endlich, um von dem besten Geschäft die gewünschte Einkaufsumme zu gewinnen, daß sie die Ware hier noch 50 Mark billiger hätten erhalten können!

So ging es schon, als die Preise mit dem Dollarkurs in die Höhe kletterten; so wird es auch jetzt angesichts der Senkung des Dollar gehen, wo alles auf den Preisrückgang hofft. Die gewaltigen Preisunterschiede, ein typisches Zeichen unserer anarchischen Wirtschaftsverhältnisse, zwingen die Hausfrauen täglich zu einer nervenaufreibenden Suche nach dem billigsten Verkaufsladen. Jedesmal lehren sie, von diesem Gang halb ermattet, in ihre mehr oder weniger kümmerliche Behausung zurück. Dann aber beginnen erst die häuslichen Sorgen; das Essen soll bereitet werden, die Kinder sollen aufgezogen werden und dergleichen mehr. Wohllich, der Hausfrauenberuf ist kein leichter Beruf. Daß die Hausfrauen oft verzweifelt und vergrämt sind, daß ihnen manches Mal das Einkommen und das Haushalten „keinen Spaß“ mehr macht, wer könnte das wohl nicht verstehen? Sollte nicht eigentlich jeder denkende Mensch ihre schwierige Lage erkennen und würdigen? Die Hausfrau hat keine Gelegenheit, mit ihren Sorgen an die Öffentlichkeit zu treten. Sie kann keine „Lohnbewegung“ machen, sondern muß sich damit zufriedengeben, was ihr der Mann mehr oder weniger freundlich in die Hand drückt. Und darum, Gut ab vor diesen Hausfrauen, die mit knappen Mitteln für die Familie ihre Pflicht tun, ohne daß eine laute Klage an die Öffentlichkeit bringt. Sie tragen von allen Schichten des Volkes mit die schwerste Last und daher sollten alle Menschen bemüht sein, die Bürde so leicht wie möglich zu machen.

Typisch Amerikanisches.

Der New Yorker Korrespondent des „New York Times“ schreibt:

Was ist typisch amerikanisch? Der Schmelztopf, die Gefrierkühlmaschine im Haushalt, die Kaffee-, der Bollenkaffee, die eingemachten Früchte? Alle Amerikaner fangen ihren Tag damit an, daß sie ein halbes Glas Schmelztopf auslöffen. Diese Gewohnheit ist ausgeprägt, solange sie nicht durch die Vermengung der Fruchtstücke mit Cherry verfeinert wird. Sie ist auch in Amerika noch jungen Datums, erst zehn oder fünfzehn Jahre alt. Der Frucht- und Eisgenuß im einfachsten amerikanischen Haushalt ist sicherlich uneuropäisch, denn was in Europa als Luxus betrachtet wird, gilt dort als etwas Gewöhnliches und darf auf keinem Tisch fehlen. Das kleinste Gasthaus in einer Nebenstraße der East Side hat täglich Körbe mit Früchten aus Florida oder Kalifornien. Daselbst muß vom Eis gesagt werden. Der arme Mann aus dem nördlichen Hinterland verwendet Eis nicht bloß in Form von Gefrierem oder einem der zahllosen Eisgetränke, sondern auch einfach deswegen, um seinen Eislasten im Haushalt auf niedrigerer Temperatur zu halten. Es gibt kaum einen Haushalt in den Vereinigten Staaten, der nicht einen Eisschrank besitzt. Dessen Dimensionen sind verschieden, mitunter ist er so groß, daß man in ihm bequem Platz hat. Im Sommer erscheint der Eismann jeden Tag und für einige Cents erhält man einen tüchtigen Block. Jede Wohnung auf dem sozialistischen Stadtwert eines New Yorker „Appartementshauses“ wird täglich mit Eis versehen.

Der Publika einer Schüssel mit Kaffee in einem Restaurant ist nichts Aufregendes. Europäische Touristen betrachten verblüfft das Schauspiel, wie ein Amerikaner Kaffee und Keks zusammen kaut. Oliven, schwarze und grüne, zerlegte Sellerie, Krabbenfleisch mit pikanten Tinten und einer der zahlreichen Kuchen, wie „apple pie“, „mince pie“, „pumpkin pie“, „huckleberry pie“ usw.,

geröstetes Brot gehören zum täglichen Menü des einfachen Bürgers. Welcher Amerikaner würde es wagen, sein Mahl vollständig zu nennen ohne das gewaltige Stück „apple pie“, das am Schluß kommen muß? Und dann viel Salat von allerlei Sorten, Kohl, Raps, Tomaten- und Frucht Salat.

Ebenfalls eher amerikanisch als europäisch ist die Anwendung von Zentralheizung im Hotel, im Wohnhaus und im Eisenbahnwagen. Im Winter sind die Schlafwagen der transkontinentalen Züge meistens unerträglich warm. Der Amerikaner ist, mit dem Europäer verglichen, ein „erfrorener Mensch“. Es gibt keine amerikanische Frau ohne Pelzmantel oder Pelzhut; ohne einen Pelz kann eine Amerikanerin einfach nicht existieren. Aber man verwechselt: Wollröcke, Wollmäntel, Wollstrümpfe, das ist in Amerika etwas Ungewöhnliches. Im Winter ist die Amerikanerin unter ihrem Pelzmantel genau so gekleidet wie im Sommer, und im Sommer ist sie sehr leicht angezogen, fast tropisch. In zentralerwärmten Häusern würde das Tragen von Wollkleidung unmöglich sein, weil dort die Temperatur auch im Winter tropisch ist. Wenn die Amerikanerin angeht, mißt sie über die Schultern einen Pelzmantel und ihre mit Seidenstrümpfen bedeckten Beine sind an Frost gewöhnt. Dadurch ist der direkte Zusammenhang zwischen Zentralheizung und Frauenkleidung gegeben.

Die Bollenkaffee, die elektrische Kaffeemaschine, der Eisenbahnwagen ohne Abteile finden allmählich ihren Weg nach Europa. Sie hören mit der Zeit auf, typisch amerikanisch zu sein. Es ist auch hier nicht richtig, daß alle amerikanischen Frauen verwöhnt sind, alle Amerikaner den ganzen Tag von Dollar reden, es gibt auch einige, die nicht mit dem Dollar essen, und mitunter kann man auch eine Wohnung finden, die nicht mit den vorbeirastenden Zügen, Untergrundbahnen und Hochbahnen mißbraucht; nicht alle Amerikaner heiraten mit siebzehn Jahren. Was aber typisch amerikanisch ist, mehr als alles andere, das ist die deprimierende Uniformität. Amerika wird von der Melancholie beherrscht. Jeder Mann verwendet dieselbe Rasierseife, dieselbe Zahnpasta, trägt dieselbe Hutmacke und hat denselben Rockschnitt. Und jede Frau gebraucht die gleiche Marke Seife, dieselbe Hautcreme, trägt dieselben Seidenstrümpfe und hat ihr Haar nach der gleichen Art gefärbt. Amerika ist die Apotheke der Konfektion auf jedem Gebiet.

Berichtigung. In der Ausgabe der „Frau und ihre Welt“ vom 22. März war eine Zuschrift unter dem Titel: „Um den Zusammenschluß der Reservistenfrauen“ veröffentlicht, die die Unterschrift der Frau Ida Schille aus Jgersburg trug. Wie Frau Schille uns jetzt von ihrer Rückkehr von einer längeren Reise mitteilt, hat sie diese Zuschrift an uns nicht gerichtet. Auf ihren Wunsch hin wird dies hiermit ausdrücklich festgestellt. Wir hoffen, daß diese Angelegenheit hiermit aus der Welt geschafft sein wird.

Fabrikmädchen und Volksgefänge. Vor 22 Jahren gründete der französische Sänger Ernest Chebroux die Musikgesellschaft „Les Fauvettes“, um die besten französischen Volksgefänge lebendig zu erhalten. „Wenn Volksgefänge am Leben bleiben sollen“, sagte er, „so müssen sie von der arbeitenden Bevölkerung gesungen werden, die man anweisen muß, wie sie zu singen und zu würdigen sind.“ Er gründete daher eine freie Gesangsschule für Fabrikmädchen, die er lehrte, im Chor seine alle Melodien zu singen, die meist vergessen waren, aber durch Musikstudenten wieder ins Leben gerufen waren. Die jungen Mädchen lernten bald die alten Gefänge lieben und sie sangen sie in der Fabrik, in den Werkstätten und daheim. Gegewärtig hat „Les Fauvettes“ einen neuen Jahreskurs begonnen, in dem die besten französischen Balladen, von alten Volksliedern an bis zu den Werken moderner Meister gesungen werden. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich diese freie Gesangsschule zu einer großen Organisation entwickelt, die sich der Unterstützung der besten französischen Musiker erfreut. Die Gesellschaft hat so viele Gönner, daß es nicht mehr schwierig ist, für jede Lektion einen besonderen Lehrer zu finden. Besonders begabte Mädchen erhalten Spezialunterricht. Die Tätigkeit der Gesellschaft hat die Unterstützung des Ministeriums der freien Künste und der Stadtgemeinde von Paris, und ihre Bedeutung nimmt mit jedem Jahre zu.

Die Vielweiberei in Sowjetrußland gestatter. Die Revolutionärschikane der Sowjets bestrafen die Vielweiberei nicht. Während eines diesbezüglichen Prozesses wurde angeführt, daß die Monogamie nur ein Brauch, nicht aber Gesetz sei und daß das, was den Mohammedanern gewährt werde, andern Bürgern nicht untersagt werden könne.

Deutsch-englische „Annäherung“. Wie aus London mitgeteilt wird, haben sich nach einer offiziellen

Statistik seit dem Waffenstillstand 400 englische Soldaten im Rheinland mit deutschen Frauen verheiratet.

Von der Mode.

Der Knopf. Es ist doch ein eigen Ding am den zumeist ziemlich anspruchslosen Knopf. Welche Wandlungen hat er im Laufe der Jahrhunderte als Kleiderverschluß durchgemacht. Welche Höhen der Entwicklung ließ ihn die Mode erklimmen, in welche Tiefen der Nüchternheit ließ sie ihn fallen, wenn sie sich an ihm überbietet und deshalb seiner überdrüssig geworden war. Verschiedene Museen bieten einen trefflichen Überblick über dieses ständige Auf und Ab im Dasein des Knopfes, bis er als eigentlicher Gebrauchsgegenstand fast völlig vom Druckknopf verdrängt wurde. Dann kam eine Zeit, wo es schien, als wenn beide vollständig vom Gummizug und Gürtel als einzigem Schluß der Frauenkleidung verdrängt werden sollten.

Mittel und Blase mit Gummizug versehen, nur einfach über den Kopf gezogen, bedurften keines weiteren Verschließes, um sich in so schlichten und willkürlichen Falten, wie sie die Mode liebt, dem Körper anzuschmiegen. Der Knopf selbst diente nur hier und da noch als Zierat, und der Druckknopf begnügte sich wie bisher als unsichtbarer Verschluß.

Nun aber warb der so mißachtete Knopf plötzlich, da er von der Frauenwelt gemieden war, um so stärker um die Gunst der Männerwelt. Daß diese ihn mit Freuden aufnahm, beweist seine reiche Verwendung am Sportanhang mit seinen aufgesetzten und durch Knöpfe geschlossenen Taschen und Patten.

Hiß da ein Wunder, daß auch die bisher fast ganz „knopffreie“ Frauenkleidung an ihren neuesten Modellen wieder Knopfbefestigung aufweist? Knopfbefestigung war und nicht Gebrauchsknöpfe, denn zum wiederholten Rückenschluß wird immer noch der unsichtbare Druckknopf verwendet. Aber der Knopf an der Frauenkleidung ist doch wieder da, und allem Anschein nach werden wir ihn in nächster Zeit in zunehmendem Maße wieder als reichlichen Schmuck an der Kleidung bewundern können. Welche Form er annehmen wird, ist vorläufig noch das Geheimnis der Mode. Die neuen Zierknöpfe freilich lassen vermuten, daß sie in ihren besten Erzeugnissen an Kostbarkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Aber es gibt vorzügliche Nachahmungen und an diese werden wir uns halten, wenn die Mode wieder den Zierknopf als Befestigung der Frauenkleidung erklärt.



Liebesromantik auf dem Throne Siams.

Der 42-jährige König von Siam beschäftigt dauernd mit seinen Liebesgeschichten die Welt, und wenn einst die Geschichte Siams sonst nichts von ihm zu melden wüßte, so wird sie künden, er habe viel geliebt. Zunächst wurde die Welt überrascht durch die Meldung, er wolle auf das alte schöne Vorrecht der Könige von Siam, hundert Frauen zu heiraten, verzichten und seine Cousine, die Prinzessin Collapha, ehelichen. Dann verkündete er noch längerer Verlobung, die Nerven seiner Braut stimmen nicht zusammen mit den seinen; er werde stattdessen eine jüngere Schwester seiner Braut heiraten. Dann wieder wollte er ein Mädchen aus dem Volke heiraten, Fräulein Mom Chow, und ihr Rang und Titel einer Prinzessin verleihen. Die neueste Kunde aus Siam besagt, daß der König sich mit einer Tänzerin, einem ehemaligen Mitglied des königlichen siamesischen Ballets, verheiratet habe.

Handel und Volkswirtschaft.

Preisabbau und Inflation.

Wirtschaftliche Rundschau in Deutschland.

Von unserem Berliner M. B.-Mitarbeiter

Die Frage der Preissenkung wird in der deutschen Wirtschaft von Tag zu Tag brennender. Noch immer hat die Verbilligung der Warenpreise nicht den Grad erreicht, der dem nun schon vor Wochen eingetretenen Rückgang der Devisenkurse und der seitdem anhaltenden grösseren Kaufkraft der Mark entsprechen würde, so dass die Unzufriedenheit und die Kaufmüdigkeit in den Konsumentenkreisen immer weiter anwachsen. Im Detailhandel sind es bisher im wesentlichen nur diejenigen Geschäfte, die mit kleineren Kapitalien arbeiten und daher, um flüssige Geldmittel für Lohnzahlungen, laufende Unkosten usw. hereinzubekommen, die zurückhaltende Kundschaft zunächst mit geringfügigen Preisherabsetzungen für meist minderwertigere Waren anzulocken versuchen. Dagegen gehen die kapitalkräftigeren Unternehmen in Handel und Industrie, die einen Käufer- und Absatzstreik längere Zeit aushalten können, immer noch recht zögernd an einen Preisabbau heran.

Eine der seither noch bestehenden schwersten Hemmnisse für die allgemeine Produktionsverbilligung hat nunmehr seitens der Regierung eine wesentliche Erleichterung erfahren, und zugleich wurde damit ein Widerspruch in der amtlichen Wirtschaftspolitik beseitigt, die auf der einen Seite die tatkräftige Marktstützungskaktion unternahm, deren Auswirkungen andererseits aber durch Hochhaltung und Höhererschraubung der öffentlichen Tarife, Gebühren, Steuern usw. illusorisch machte. Es handelt sich zunächst um die nun endlich in Angriff genommene Preisermässigung für die Kohle, den wichtigsten Betriebsstoff im industriellen Produktionsprozess. Die zuständigen Organe, Reichskohlenverband und Reichskohlenrat, haben beschlossen, mit Wirkung ab 1. April die Nettokohlenpreise der Syndikate des unbesetzten deutschen Gebietes um 3, 5 bis 9 Prozent herabzusetzen. Für die Syndikate des besetzten Gebietes tritt eine Ermässigung der Nettopreise nicht ein, sondern lediglich ein Preisabschlag entsprechend der Herabsetzung der Kohlensteuer. Diese Ausnahme wurde zugestanden, da in den besetzten Kohlenrevieren ein scharfer Produktionsrückgang eingetreten und diesem eine wesentliche Erhöhung der Unkosten gefolgt ist. Von Unternehmerseite wurden verschiedentlich Einwendungen gegen eine Ermässigung der Nettokohlenpreise erhoben, da bisher nirgends ein Rückgang der Selbstkosten zu beobachten und in nächster Zukunft auch nicht zu erwarten sei. Um jedoch die von der Reichsregierung eingeleitete Aktion eines Preisabbaues nicht zu durchkreuzen, wurde die ablehnende Haltung aufgegeben. Da hiermit die vom Reichsfinanzminister für eine Herabsetzung der Kohlensteuer gestellte Bedingung erfüllt ist, hat der Reichsrat auch bereits einer Ermässigung des Steuersatzes von 40 auf 30 Prozent ebenfalls mit Wirkung ab 1. April seine Zustimmung erteilt.

Die sich so mit ergebende gesamtstaatliche Herabsetzung von durchschnittlich 10 bis 15 Proz. stellt eine derart ins Gewicht fallende Verbilligung des Grundfaktors der ganzen Wirtschaft dar, dass in der Folge eine entsprechende Senkung des allgemeinen Preisniveaus erwartet werden muss. Die Industrie, die bisher bei jeder Kohlenpreiserhöhung eine parallele Preisheraufsetzung vornahm, wird jetzt auch die umgekehrte Konsequenz zu ziehen haben. Das Gleiche darf von der Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung verlangt werden, die namentlich durch die Aufstellung billigerer Frachttarife den allgemeinen Preisabbau wirksam unterstützen könnte.

Zu einem Teil wird diese Preissenkung allerdings auch noch durch den Umstand behindert, dass trotz der rückläufigen Bewegung der Devisenkurse die Papierinflation in Deutschland nach wie vor weiter zunimmt. In welchem beunruhigenden Tempo diese Entwicklung fortschreitet, zeigten deutlich die Ausführungen des Präsidenten Havenstein in der letzten Sitzung des Zentralkomitees der Reichsbank. Danach hat sich in den vier Wochen vom 15. Februar bis 15. März die gesamte Kapitalanlage der Bank von 8090 Milliarden auf 6889 Milliarden erhöht. In der zweiten Märzwoche hat sie verhältnismässig wenig zugenommen, da infolge der Marktstabilisierung die Inanspruchnahme von Kredit etwas nachgelassen hat. Insgesamt hatte die Reichsbank in dem erwähnten Zeitabschnitt Schatzwechsel in dem gewaltigen Betrage von 2303 Milliarden Mark

neu zu diskontieren. Entsprechend der Gestaltung der Kapitalanlage hat sich naturgemäss auch der Zahlungsmittelumlauf sehr stark vermehrt; von Mitte Februar bis Mitte März nahm die umlaufende Papiergeldmenge um nicht weniger als 1568 Milliarden Mark zu. Während auf der einen Seite zwar die Stabilisierung der Mark einigermassen der Kreditbeanspruchung und der Inflation entgegenwirkte, machten sich jedoch andererseits die Störungen, die durch den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet in die deutsche Wirtschaft hineingetragen wurden, auch in der steigenden Notenflut in bedenklicher Weise bemerkbar. Von besonderem Interesse ist, dass in der zweiten Märzwoche der Metallbestand der Reichsbank eine Steigerung um rund 400 Millionen Mark erfahren hatte, und zwar durch den Zufluss der neu ausgeprägten Aluminium-Münzen zu 200 Mark, die nun seit der dritten Märzwoche allmählich in den Verkehr gelangen und damit die deutsche Papiergeldmiserie wenigstens scheinbar durch einen bescheidenen metallischen Glanz mildern. Das Golddepot der Reichsbank im Ausland ist um 15 Millionen auf 65 Millionen Mark gestiegen, weil das Institut es für notwendig gehalten hat, die Beträge, die es als Rückendeckung für seine Devisenoperationen im Ausland halten will, zu verstärken. Eine weitere Goldsendung nach dem Auslande zu ähnlichen Zwecken ist in der dritten Märzwoche erfolgt.

Dem Erfolg einer anderen Massnahme der neuen amtlichen Politik zur Stützung der deutschen Währung, dem Ergebnis der zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten Dollarschatzanzweisungen des Deutschen Reiches, ist in allen Kreisen mit lebhafter Spannung entgegengesehen worden. Wie nunmehr offiziell mitgeteilt wurde, ist der von den Banken garantierte Anleihebetrag zur Hälfte durch Industrie, Handel und Privatpublikum gezeichnet worden. Gemäss dem mit den Banken abgeschlossenen Garantievortrag hat eine Auffüllung des Zeichnungsbetrages bis auf 100 Millionen Goldmark zu erfolgen, so dass ein erheblicher Betrag — in Papiermark ausgedrückt einschliesslich der Bankgarantie 500 Milliarden Mark — aus der Privatwirtschaft auf die Reichsbank übergeht und dem Stützungsfonds für die Mark zugutekommt. In Verbindung mit den übrigen Massnahmen der Reichsbank, insbesondere mit der erwähnten neuerlichen Übertragung erheblicher unbelasteter Goldbestände nach dem Auslande, wird die Stützungskaktion für die Mark auf eine bedeutend breitere Grundlage als bisher gestellt, und Regierung und Reichsbank werden in die Lage versetzt, die Stützung kraftvoll fortzusetzen. Immerhin beweist das Zeichnungsergebnis, dass die Regierung die Devisenbeträge — nur in solchen konnte bekanntlich die Einzahlung erfolgen —, die in den Wirtschaftskreisen nicht für laufende Bedürfnisse angesammelt wurden, überschätzt hat. Mancherlei Widerstände waren eben bei dieser Anleihezeichnung zu überwinden, so bei allen denjenigen Devisenbesitzern, die sich mit dem Gedanken an eine dauernde Senkung der fremden Wechselkurse noch nicht vertraut machen könnten oder wollten, ferner aber auch bei den ängstlichen Gemütern, die sich von der französischen Agitation gegen die deutsche Goldanleihe beeinflussen liessen, wie sie in der inzwischen widerlegten französischen Auffassung in der Reparationskommission zum Ausdruck gekommen war. Das neue Anleihepapier wird nun demnächst an den deutschen Börsen gehandelt werden, die Kursgestaltung wird sich natürlich in der Hauptsache nach dem Dollarstand richten, und das in den neuen Schatzanweisungen sich entwickelnde Geschäft dürfte in Kürze zeigen, ob der Geldmarkt noch für weitere Beträge als die bis jetzt gezeichneten aufnahmefähig ist.

Die Lodzer Ein- und Ausfuhr. Nach den von der statistischen Abteilung des Magistrats gemachten Angaben kussert sich die Lodzer Ein- und Ausfuhr im Jahre 1922 in folgenden Zahlen: Eingeführt wurden mit der Eisenbahn 1.648.057,961 Klg. Waren, ausgeführt dagegen 204.128,355 Klg. Die erste Stelle unter den Einfuhrartikeln nimmt die Steinkohle ein. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden 666.564,700 Klg. Steinkohlen eingeführt. Es folgen der Reihe nach Holz und Waldprodukte mit 128.162,569 Klg.; Baumwolle und Watta 70.102,882 Klg., Bauholz 50.077,609 Klg., leinene, baumwollene und wollene Gewebe 31.718,016 Klg., natürliche u. Kunstwolle 16.084,793 Klg. In der Ausfuhr sind leinene, baumwollene und wollene Gewebe vorherrschend, sie machen 69.966,746 Klg. oder 34,2 Proz. der Gesamtausfuhr aus. Es folgt Steinkohle 14.010,775 Klg., Bauholz 4.794,195 Klg., Holz und Waldprodukte

2.048,750 Klg., natürliche und künstliche Wolle 2.568,612 Klg. Im ersten Vierteljahr des Jahres 1922 betrug die Einfuhr 358.747,681 Klg., im zweiten 363.313,767 Klg., im dritten 486.015,026 Klg. und im vierten 489.981,490 Klg. Die Ausfuhr betrug im ersten Vierteljahr 33.249,239 Klg., im zweiten 48.365,584 Klg., im dritten 58.958,616 Klg. und im vierten 63.543,966 Klg.

Wie aus den Ziffern zu ersehen ist, vergrößert sich die Lodzer Ein- und Ausfuhr. Die Ausfuhr entwickelt sich in einem viel schnelleren Tempo als die Einfuhr. Es ist dies eine sehr günstige Erscheinung, zeugt sie doch von der grossen Produktivität unserer Stadt.

Die englische und amerikanische Wissenschaft verlangt deutsche Chemikalien und Instrumente, und zwar mit der schwerwiegenden Begründung, dass ihr sonst die Forschung zum Teil unmöglich gemacht würde. Das also ist das Resultat der bekannten englischen und amerikanischen Massnahmen gegen die Einfuhr deutscher chemischer Fabrikate. So wird denn jetzt in der Presse beider Länder offen die Frage besprochen, ob die deutsche Vorkherrschaft auf dem Arzneimittelmarkt wieder drohe. Diese Gefahr ist also nicht einmal durch das berüchtigte amerikanische Raubgesetz vom Jahre 1917 aus dem Wege geräumt. Es gab den amerikanischen Bürgern das unbeschränkte Recht, die deutschen Patente auszunutzen, obwohl doch auch die Vereinigten Staaten den Standpunkt vertreten, dass Privateigentum unantastbar sei. Erst jetzt wird jene schmachvolle Rechtsbengung durch Präsidenten Harding wieder rückgängig gemacht, wodurch freilich in den interessierten Kreisen ein Sturm des Protestes ausgelöst wurde. In den Fachblättern wird auf den ungeheuren Schaden hingewiesen, den die „siegreiche“ amerikanische Industrie durch die Rückgabe des deutschen Eigentums erleiden würde. Doch machen sich auch Stimmen laut, die in bemerkenswerter Offenheit darauf hinweisen, dass die Freigabe der Patente der amerikanischen Farben- und Arzneimittelindustrie ja doch nichts genützt habe; die schlimmsten Deutschen hätten ihre Beschreibungen so geschickt verklausuliert, dass der arme Amerikaner die betreffende Substanz trotz des Patentraubes nicht so ohne weiteres herstellen konnte. Alle diese Verlautbarungen und Diskussionen sind nur eine neue Anerkennung für den übertragenden Wert der deutschen chemischen Produkte.

M. L.

Warschauer Börse.

Warschau, 1. April

Millionen	1800
Valuten:	
Dollars	42356-42350
Oesterreichische Kronen	614
Deutsche Mark	201-109
Devisen:	
Belgien	2430-2425
Berlin	203-199
Danzig	203
Holland	17180-16900
London	203750-197000
New-York	42500-42250
Paris	28-0-28-5-2820
Frank	3295
Schweiz	3290-7950
Stockholm	17450
Wien	61-1-61-1
Italien	223-2-93
Aktien:	
Warsch. Diskontobank	50500-51500
Handel- u. Industriebank	23 0-25000
Klempnische Bank	38 0
Lemberger Industriebank	4950-4350-4500
Vereinigte poln. Landbesitzer-Genossenschaftsbank	1800
Pult	35 00
Oderbank	370000
Gostawice	63000 8 00
Warsch. Ges. d. Zuckerfabr.	29 000-30300-331000
Holzindustrie	91 0-98 0
Ogilewski	16 00-10800-10700
Elipon	94 00-9500-9600
Norbil	179 0-1900-18710
Ortwein & Karasinski	2 500-19 00-1950
Starosawice	43000-51000-51500
1.-4. Em.	40500 48000-47000
5. Em.	495 0 48 00-51000
Budski	III Em. 45000-48 00
II. Em.	15000-17000-16250
Warsch. Lokomotivfabrik	33000-389 0-35000
Zyrardow	190000-180000
„Hart“	8600
Schiffahrtsgesellschaft	48 0-5300-5100
Spiese	18000-17500-16800

